

FREIBERUFLER-TICKER vom 12. November 2021

1. BFB-Kampagne im Umfeld der Koalitionsverhandlungen

„Freie Berufe: Wir tragen Verantwortung!“ – Diese Botschaft verknüpft die vier Bildmotive, die der BFB in Kooperation mit der Bundeszahnärztekammer entwickelt hat. Sie basieren auf den gemeinsamen Positionen, die der BFB zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen zu den Bundestagswahlen 2021 formulierte. Sie umspannen die Themen Bürokratieabbau, Agilität, Kompetenz sowie KI/Datenschutz. Die Motive sind seit dem 8. November 2021 im Umfeld der Messe Berlin, dem Austragungsort der Koalitionsverhandlungen der Ampel-Parteien, und seit dem 9. November 2021 im Umfeld des Deutschen Bundestages für je eine Woche zu sehen. Die Materialien stehen [hier](#) zum Download bereit, ebenso Fotos.

2. Jahresgutachten des Sachverständigenrates 2021/2022

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) stellte am 10. November 2021 sein Jahresgutachten [„Transformation gestalten, Bildung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit“](#) vor. Der SVR rechnet für 2021 mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,7 Prozent und für 2022 mit einer Erholung des BIP um 4,6 Prozent. Aufgrund der gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise wird 2021 eine Verbraucherpreisinflation von 3,1 Prozent erwartet, 2022 eine Inflation in Höhe von 2,6 Prozent. Das diesjährige Gutachten adressiert die Freien Berufe in seiner diesjährigen Ausgabe nicht. Des Weiteren verstärkte die Corona-Krise die Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt. Die Wirtschaftsweisen stellen fest, dass das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ und die Kampagne „Sommer der Berufsausbildung“ in Deutschland wichtige Instrumente zur Abfederung der Folgen der Corona-Krise sind, aber nicht die langfristigen Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt adressieren. Aus Sicht der SVR lässt sich kein Mangel an Ausbildungsplätzen feststellen, weil die Anzahl der unbesetzten Ausbildungsstellen seit 2010 stetig ansteigt und das Ausbildungsplatzangebot bis 2019 stabil blieb. Trotzdem bestehen die Besetzungsprobleme und Meldungen über unversorgte Bewerber fort, hierfür könnte die Vermittlung von leistungsschwächeren Jugendlichen hin zur schulischen Berufsausbildung den Übergang in die betriebliche Ausbildung erleichtern. Zudem sollte Weiterbildung ein fester Bestandteil im Erwerbsleben werden, um die Unternehmen und Erwerbstätigen für neue Herausforderungen vor dem Hintergrund des Strukturwandels zu befähigen. Überdies empfiehlt der SVR, vor dem Hintergrund der digitalen Transformation, die Schaffung wachstumsfreundlicher Rahmenbedingungen sowie die Tötigung von umfangreichen privaten Investitionen. Weiterhin sollten zukunftsorientierte öffentliche Ausgaben priorisiert und die vielfältigen nicht-monetären Hemmnisse abgebaut werden. Beispielsweise könnten dazu die Vereinfachung von Planungs-, Genehmigungs- und Gerichtsverfahren und eine Bündelung von Kapazitäten und Expertise in operativ unabhängigen Institutionen beitragen. Zudem wird angeregt, die Rahmenbedingungen für Gründungen und die Mobilität von Beschäftigten zu verbessern.

3. KI-Bericht fordert schnelles und entschiedenes Handeln

Am 9. November 2021 wurde im Sonderausschuss des Europäischen Parlaments zu Künstlicher Intelligenz im digitalen Zeitalter (AIDA) der [Entwurf](#) seines Abschlussberichts vorgestellt. Dabei werden insbesondere die Chancen hervorgehoben, die Künstliche Intelligenz (KI) für Wirtschaft und Gesellschaft bieten kann. Laut dem Entwurf kann KI Produktivität, Innovation, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen erheblich steigern. Die Europäische Union (EU) sollte KI daher nicht als Technologie regulieren. Stattdessen sollten Art, Intensität und Zeitpunkt

regulatorischer Eingriffe ausschließlich von der Art des Risikos abhängen, das mit einer bestimmten Nutzung eines KI-Systems verbunden ist. Der Textentwurf hebt hervor, dass global führend zu sein zukünftig bedeute, führend in der KI zu sein. Allerdings könne die EU derzeit bei der KI nicht mithalten. Es fehle ihr an Marktmacht, Investitions- und Forschungskapazitäten. Gleichwohl habe die EU immer noch die Chance, einen menschenzentrierten, auf ethischen und demokratischen Grundwerten basierenden KI-Ansatz als weltweit standardsetzend zu etablieren. Dieses Zeitfenster beginne sich allerdings zu schließen. Daher sei schnelles und entschiedenes Handeln notwendig. Vorgeschlagen wird ein europäischer KI-Fahrplan mit den wichtigsten Handlungsfeldern. Über den Berichtsentwurf soll nach gegenwärtigem Stand im März 2022 im AIDA-Ausschuss abgestimmt werden.

4. Einsparpotenziale durch Digitalisierung im Gebäudesektor

Digitale Technologien können fast ein Drittel dazu beitragen, dass der Gebäudesektor in Deutschland seine Klimaziele für das Jahr 2030 erfüllt. Wie eine am 10. November 2021 veröffentlichte [Studie](#) im Auftrag des Digitalverbands Bitkom ergibt, können bis zu 14,7 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden. Dies entspricht fast 30 Prozent des im Klimaschutzgesetz formulierten Reduktionsziels für den Gebäudesektor von 51 Millionen Tonnen CO₂.

5. Digitale Spaltung der Gesellschaft verschärft sich

Eine am 8. November 2021 veröffentlichte Bevölkerungsbefragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung zeigt: In der breiten Bevölkerung bleibt der Digitalisierungsschub aus, die digitale Spaltung der Gesellschaft verschärft sich, aber auch der Wunsch nach digitalen Unterstützungsangeboten nimmt zu. Die vergleichende Analyse [„Digital Souverän 2021: Aufbruch in die digitale Post-Coronawelt?“](#), durchgeführt vom Marktforschungsinstitut Kantar, zeigt: Die Befragten schätzen digitale Technologien und den souveränen Umgang mit ihnen nach einem Jahr Corona insgesamt höher ein als noch vor zwei Jahren (2019). Dies betrifft insbesondere die Themen behördliche Angelegenheiten (plus acht Prozent) und Finanzen (plus acht Prozent). Verloren hingegen hat das Thema Mobilität (minus zwei Prozent).

6. Studie der Bertelsmann Stiftung zu Fachkräftemangel in Deutschland

Wie die Bertelsmann Stiftung in ihrer Pressemitteilung vom 8. November 2021 [schreibt](#), berichten deutsche Unternehmen 2021 von einem noch größeren Mangel an qualifizierten Arbeitskräften als 2020. Bei einer Umfrage unter 7.500 Führungskräften berichteten zwei Drittel, dass bei ihnen Fachkräftengpässe bestehen. Die Lage unterscheidet sich je nach Branche, Region, Berufsbild und Qualifikation. Des Weiteren fällt auf, dass die Fachkräftelücke bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung am größten ist: 48 Prozent der befragten Unternehmen berichten hier von einem Mangel, während nur 27 Prozent über fehlende Akademiker klagen. Bei den Branchen sind insbesondere der Pflegebereich sowie der Gesundheitssektor besonders stark vom Fachkräftemangel betroffen. Allerdings setzen nur 16 Prozent der befragten Unternehmen auf die Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland. Eine viel größere Rolle spielen die Ausbildung im eigenen Betrieb, gute Modelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Weiterbildungsmöglichkeiten. Einen wesentlichen Beitrag hierzu können Ausbildungspartnerschaften zwischen Deutschland und anderen Ländern liefern. Dies bestätigt die vorliegende Bertelsmann-Studie – 57 Prozent der befragten Unternehmen fänden es hilfreich, wenn es mehr transnationale Vereinbarungen zur Vermittlung oder Ausbildung von Fachkräften gäbe.

7. BIBB-Studie zur Überqualifizierung in Deutschland

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) informierte in seiner [Pressemitteilung](#) vom 8. November 2021 über die Ergebnisse einer Studie zu der Frage, in welchen beruflichen und akademischen Bildungsabschlüssen Überqualifizierung häufiger vorkommt. Demnach führen berufsspezifische Bildungsabschlüsse, beispielweise im Bereich der Gesundheitsberufe und der IT- und naturwissenschaftlichen Dienstleistungsberufe, häufiger zu einem adäquaten Arbeitsplatz. Auch Erwerbstätige mit Berufsausbildung sind von Überqualifizierung seltener betroffen als Erwerbstätige mit akademischen Abschlüssen. Zudem zeigt die BIBB-Studie einen Social Gap in Überqualifizierung auf: Über herkunftsspezifische Bildungsungleichheiten hinausgehend gibt es auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Ungleichheit bei der Verwertung erworbener Bildungsabschlüsse, die ebenfalls auf die soziale Herkunft zurückzuführen ist. So können Erwerbstätige mit einer sozial privilegierten Herkunft ihre erworbenen Abschlüsse besser verwerten als Erwerbstätige aus weniger sozial privilegierten Klassen.

8. IAB-Studie zu Arbeitsmarktperspektiven von Zugewanderten nach Massenentlassungen

Wie das Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) Ende vergangener Woche in einer neuen Studie [schrieb](#), treffen die negativen Konsequenzen nach Massenentlassungen Zugewanderte stärker als Einheimische. Die IAB-Studie untersuchte, inwiefern sich eine Massenentlassung auf die Beschäftigung und den Lohn von Betroffenen in den Folgejahren auswirkt, wobei sich die Analyse nur auf männliche Beschäftigte beschränkte. Vielen Studien zufolge erleiden Beschäftigte, die von einer Massenentlassung betroffen sind, im weiteren Erwerbsverlauf große und anhaltende Verdienstverluste. Überdies stellte die IAB-Studie fest, dass Zugewanderte einen schwierigeren Stand am deutschen Arbeitsmarkt haben. Dieses Problem verschärfte sich nochmals, wenn Beschäftigte durch eine Massenentlassung ihren Job verloren. Aus Sicht der IAB-Wissenschaftler ist ein Vergleich von Einheimischen und Zugewanderten nur bedingt aussagekräftig, da beide Gruppen im Durchschnitt in ganz unterschiedlichen Branchen und Berufen tätig sind. Zudem haben Zugewanderte nach einer Massenentlassung erhebliche Schwierigkeiten bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung. Möglicherweise benötigen sie hierbei Hilfsangebote, die besser auf die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund zugeschnitten sind, beispielsweise Sprachkurse oder Bewerbungstrainings.

9. Zahl der Einschulungen 2021/2022 stark gestiegen

Wie das Statistische Bundesamt am 11. November 2021 [mitteilte](#), wurden in diesem Jahr so viele Kinder eingeschult wie seit 14 Jahren nicht mehr. Zum Schulanfang 2021/2022 waren 771.700 Kinder eingeschult, ein Plus von knapp drei Prozent zum Vorjahr. Der starke Anstieg der Einschulungen lässt sich auf demografische Entwicklungen wie etwa die höheren Geburtenzahlen in den jeweiligen Jahren zurückführen: 2014 wurden rund 33.000 mehr Kinder geboren als noch im Vorjahr (ein Plus von 4,8 Prozent), 2015 waren es 23.000 mehr (ein Plus von 2,3 Prozent). Dementsprechend gab es zum Jahresende 2020 bundesweit rund drei Prozent mehr Kinder im einschulungsrelevanten Alter von fünf bis unter sieben Jahren als 2019.

10. Höherer Bundeszuschuss für Krankenversicherung

Angesichts der angespannten Finanzlage in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) soll der Bundeszuschuss für 2022 laut [Meldung](#) des Deutschen Bundestages Ende vergangener Woche nochmals um sieben Milliarden Euro erhöht werden. Nach Auswertung der Prognose des sogenannten „Schätzerkreises“ zu Einnahmen und Ausgaben der GKV ergebe sich insbesondere durch die Covid-19-Pandemie in Verbindung mit der dadurch ausgelösten Wirtschaftskrise ein

veränderter Finanzbedarf für das Jahr 2022, heißt es in der Vorlage der [Bundeszuschlussverordnung 2022](#).